

München, 31.08.2017

## Gute Arbeitsmarktzahlen kein Anlass für Tatenlosigkeit

### **SPD-Arbeitsmarktexpertin Angelika Weikert: Lohngerechtigkeit und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt als Mittel gegen steigende Armutsgefährdung**

Anlässlich der heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen warnt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Weikert, davor, die Zukunft in der Arbeitsmarktpolitik zu verschlafen. Die erfreulich niedrige bayerische Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent bedeute nicht, dass man nur darauf bauen dürfe, dass die Konjunktur weiter so gut läuft. „Die anstehende Bundestagswahl ist eine Richtungswahl für die bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor allem wurde in den vergangenen vier Jahren so viel für die Arbeitsmarktintegration langzeitarbeitsloser Menschen getan, wie schon lange nicht mehr. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen“, mahnt die Arbeitsmarktexpertin.

Weikert verweist hierzu auf die neuesten Zahlen zur Armutsgefährdung, die das statistische Bundesamt vorgelegt hat. In Bayern sind demnach 12,1 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner von Armut bedroht. „Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen steigt die Quote der Armutsgefährdung seit fünf Jahren langsam aber stetig an. Und im Vergleich mit München sind in anderen Regionen und Städten doppelt oder dreimal so viele Menschen armutsgefährdet!“, stellt Weikert fest.

Dieser Trend könne unter anderem durch eine Politik für mehr Lohngerechtigkeit und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt umgekehrt werden: „Die SPD wird den Weg, den wir mit dem gesetzlichen Mindestlohn, der Regulierung der Leiharbeit und der Werkverträge sowie der leichteren Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen eingeschlagen haben, fortsetzen“, stellt Weikert klar. Dafür fordert die SPD eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, eine Ausweitung der Tarifbindung, gleichen Lohn für Männer und Frauen, genauso wie für Leiharbeiter und Stammebelegschaft.

Zum morgigen Beginn des Ausbildungsjahres verweist Weikert auf die Schlüsselrolle, die dem Thema berufliche Bildung zukommt: „Für mich ist die zentrale Forderung der Rechtsanspruch auf Aus- und Weiterbildung. Jeder - und zwar egal ob er am Anfang seiner beruflichen Laufbahn steht, sich erst später zu einer Ausbildung entscheidet oder mitten im Berufsleben steht - muss ein Angebot und die notwendige Unterstützung erhalten, wenn er berufliche Qualifikationen erwerben möchte.“